

Außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz  
Berlin, 26. Januar 2025

Antragsteller\*in: BAG Arbeit, Soziales, Gesundheit  
Beschlussdatum: 05.01.2025

## Änderungsantrag zu WP-01-K2

### **Von Zeile 641 bis 644 löschen:**

Verbraucher\*innen in den Mittelpunkt gestellt und setzen auf Vernunft statt Kriminalisierung. Diesen Wechsel in der Drogenpolitik, ~~der die Befähigung zum eigenverantwortlichen Umgang mit Risiken in den Mittelpunkt stellt~~, wollen wir fortführen. An dem Ziel des Verkaufs von Cannabis in lizenzierten Fachgeschäften

### **Von Zeile 646 bis 649:**

dafür ein, auch um damit den Schwarzmarkt und die Organisierte Kriminalität weiter einzudämmen. Mit Blick auf die enormen Mengen an **z.B.** Kokain, Crack und synthetischen Opioiden, die in ~~vielen deutschen Großstädten~~ **Deutschland** ankommen, werden wir die Ressourcen der Polizei und des Zolls auch im Hinblick auf die Bekämpfung der

## Begründung

Als Bündnisgrüne bewegen wir uns bei unseren Positionen zu Drogen und Sucht im Spannungsfeld zwischen der Betonung der individuellen Eigenverantwortung und des allgemeinen Gesundheitsschutzes.

Als zuständige BAG müssen wir die Gefahren und Risiken, die von Drogen und Sucht ausgehen ernst nehmen und in die Debatte einbringen. Sucht ist eine Krankheit mit erheblichen gesellschaftlichen sowie volkswirtschaftlichen Auswirkungen. <https://www.bundesgesundheitsministerium.de/themen/praevention/gesundheitsgefahren/sucht-und-drogen.html>

Die Aussage das Drogen nur ein Problem in Großstädten sind ist faktisch falsch und sollte daher so nicht in unserem Programm stehen. <https://www.pharmazeutische-zeitung.de/welche-staedte-sind-deutschlands-drogen-hochburgen-139212/>

Eine Aufzählung von Wirkstoffen und Wirkstoffgruppen ist nicht vollständig, daher sollte deutlich werden, dass es nur Beispiele sind.